



Bundesverband e.V.

AWO Bundesverband nimmt Rücktritt des Präsidiums Kreisverband Frankfurt am Main zur Kenntnis

Berlin, den 20.12.2019. Der Bundesverband der AWO nimmt den Rücktritt des gesamten Präsidiums der Arbeiterwohlfahrt, Kreisverband Frankfurt am Main e.V. zur Kenntnis. Er bekräftigt seine Forderung nach rückhaltloser Aufklärung aller bisher bekannten Vorgänge in Frankfurt und wird seine Prüfungen fortsetzen.

Um Legendenbildungen vorzubeugen, erklärt der AWO Bundesvorsitzende Wolfgang Stadler, dass es keine „lautstarke Rücktrittsforderung“ des AWO Bundesverbandes gegenüber dem gesamten Präsidium gegeben hat. In einem Schreiben, welches im Nachgang der Vor-Ort-Prüfung an das Präsidium des Kreisverbands versandt wurde, ging es u.a. um die "Aufgabe der Mandate derjenigen Personen, deren andere geschäftlichen Interessen ihre Tätigkeit in der AWO beeinflussen“. Wir sind davon überzeugt, dass dies auf die Mehrheit des Präsidiums nicht zutrifft. Darüber hinaus wurde im Schreiben u.a. die Beendigung der unangemessenen Gehaltsstrukturen, die vollständige Entflechtung von anderen Körperschaften sowie die Feststellung aller Schäden für Schadensersatzansprüche bzw. Schadensersatzklagen gefordert.

Es wird vom KV Frankfurt am Main eine „kollegiale und solidarische Prüfung des AWO Bundesverbandes“ gefordert. Grundsätzlich geht der AWO Bundesverband von solchen Prinzipien aus, die aber auch vom Kreisverband eingehalten werden müssen. „Wenn nur ein Teil der zu prüfenden Unterlagen vorgelegt wird und die Gespräche mit Beteiligten nur im Beisein von Anwälten des Kreisverbandes erfolgen, haben wir die Kollegialität vermisst. Solidarität ist keine Einbahnstraße“, so Wolfgang Stadler weiter.

"Wichtig für den Kreisverband Frankfurt am Main wird sein, dass nun schnellstmöglich die Wahl eines neuen Präsidiums erfolgt. Auch im Sinne der vielen Ehrenamtlichen und Mitarbeitenden in Frankfurt, die eine sehr gute Arbeit leisten."